

Wahlprüfsteine des SoVD zur Bundestagswahl 2013

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für den 18. Deutschen Bundestag

Unsere leistungsstarken sozialen Sicherungssysteme tragen entscheidend zum Erhalt sozialer Stabilität und des sozialen Friedens in der Bundesrepublik Deutschland bei. In der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Überlegenheit der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme erneut bewiesen. Somit steht der 18. Deutsche Bundestag, der im Herbst 2013 gewählt werden wird, vor gewaltigen Herausforderungen. Insbesondere gilt es, die erhebliche finanzpolitische Verantwortung zu bewältigen, welche die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Eurokrise übernommen hat. Dies kann nur mit einer Politik gelingen, die einem ungezügelter Wettbewerb mit einseitiger Profitmaximierung eine klare Absage erteilt. Vielmehr müssen Solidarität und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt des Handelns von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft stehen.

Vor diesem Hintergrund richten wir die folgenden Kernfragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013:

1 Sozialabbau stoppen – Armut bekämpfen

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen. Materielle Not und die Demütigung durch Armut haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Armut muss zunehmend fürchten, wer arbeitslos, krank oder alt wird. Auch die Furcht vor Armut verletzt die Würde des Menschen in unserer Sozialordnung und bedroht seine Freiheit. Welche Wege aus der Armut und der wachsenden Spaltung der Gesellschaft können Sie aufzeigen?

Durch die jahrzehntelange Umverteilung von unten nach oben hat sich neben der privaten Armut auch die öffentliche Armut ausgebreitet. Welche Möglichkeiten und politischen Handlungsnotwendigkeiten sehen Sie, die finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte zu verbessern und die sozialen Sicherungssysteme zu stärken?

Die im Jahr 2011 erfolgte Neuregelung der Hartz IV-Regelsätze ist weder transparent noch bedarfsgerecht. Unterstützen Sie unsere Forderung nach einer realitätsgerechten und transparenten Neubestimmung der Regelsätze, um ein menschenwürdiges und sozioökonomisches Existenzminimum zu gewährleisten?

Die Armut der Eltern darf nicht den Lebensweg ihrer Kinder prägen. Werden Sie dafür eintreten, dass alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – die gleichen Chancen auf Bildung erhalten und jeder Jugendliche Zugang zur Berufswelt bekommt?

Wahlprüfsteine des SoVD zur Bundestagswahl 2013

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für den 18. Deutschen Bundestag

② Engagiert für Menschen mit Behinderungen

Die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben muss deutlich verbessert werden. Unterstützen Sie in diesem Zusammenhang die Erhöhung der Beschäftigungspflichtquote auf mindestens 6 Prozent? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Ausgleichsabgabe für die Unternehmen deutlich angehoben wird, die ihre Beschäftigungspflicht überhaupt nicht erfüllen?

Behinderte Kinder haben ein Recht auf inklusive Bildung, doch es wird in Deutschland unzureichend umgesetzt. Wie werden Sie sich für die Verwirklichung dieses Rechts einsetzen? Werden Sie dafür eintreten, dass sich Bund und Länder im Bereich inklusiver Bildung gemeinsam zu hohen Qualitätsmaßstäben, einschließlich Fortbildung, Barrierefreiheit und Begleitung von Umsetzungsprozessen, verpflichten und dass hierfür das strikte Kooperationsverbot gelockert wird?

Die Reform der Eingliederungshilfe muss zu einem Mehr an Selbstbestimmung und Teilhabe führen. Befürworten Sie eine Reform der Eingliederungshilfe, die individuell bedarfsdeckende Leistungen durch einen offenen Leistungskatalog auch künftig sicherstellt? Unterstützen Sie die Forderung des SoVD nach einer stärkeren Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit der Eingliederungshilfe?

③ Mehr soziale Sicherheit im Alter und bei Erwerbsminderung

Noch nie hatten Rentnerinnen und Rentner so hohe Kaufkraftverluste zu verzeichnen wie in den letzten zehn Jahren. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass der fortwährende Wertverfall bei den Renten gestoppt werden muss? Werden Sie sich mit uns für eine Streichung der Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel und damit für eine Rückkehr zu lohnorientierten Rentenanpassungen einsetzen?

Erwerbsgeminderte Menschen tragen bereits heute ein besonders hohes Armutsrisiko. Werden Sie sich mit uns dafür einsetzen, dass es sowohl für die heutigen als auch die künftigen Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner Leistungsverbesserungen gibt? Sind Sie für die Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten?

Die künftig steigende Altersarmut begründet einen Handlungsauftrag an die Politik. Sind Sie mit dem SoVD der Auffassung, dass der steigenden Altersarmut in erster Linie durch einen verbesserten Aufbau von Rentenansprüchen (z. B. durch einen gesetzlichen Mindestlohn, eine bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit, eine Erwerbstätigenversicherung) und durch bessere Rentenleistungen begegnet werden muss? Werden Sie sich für das SoVD-Rentenfreibetragsmodell einsetzen, wonach Renteneinkünfte teilweise von der Anrechnung bei der Grundsicherung freigestellt werden?

Wahlprüfsteine des SoVD zur Bundestagswahl 2013

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für den 18. Deutschen Bundestag

4 Solidarische Krankenversicherung bedarfsgerecht ausbauen

Die solidarische Krankenversicherung entspricht dem Grundsatz „Starke Schultern tragen mehr“. Der SoVD hat für die Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung Anforderungen aufgestellt. Sind auch Sie der Meinung, dass die solidarische Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden muss?

In einem solidarischen Gesundheitssystem muss der Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger ohne Vorleistungen gewährleistet werden. Sind Sie der Meinung, dass deshalb einseitige Belastungen der Versicherten, wie zum Beispiel die pauschalen Zusatzbeiträge und Zuzahlungen bei Heil- und Hilfsmitteln wie beispielsweise bei Hörgeräten, Sehhilfen und Zahnersatz, abgeschafft werden müssen?

Krankheiten verhindern, heilen bzw. ihre Wirkung mindern kann man nur, wenn ein bedarfsgerechtes und qualitätsgesichertes Leistungsspektrum zur Verfügung steht. Wie wollen Sie den derzeitigen Leistungskatalog ausbauen, damit allen Bürgerinnen und Bürgern, die von ihnen benötigen, dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand entsprechenden Leistungen gleichberechtigt zur Verfügung stehen?

5 Pflegerisiko solidarisch absichern

Die Trennung in Private Pflegepflichtversicherung und Soziale Pflegeversicherung verletzt den Gedanken der Solidarität zwischen gesunden und kranken sowie wohlhabenden und armen Menschen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Pflegeversicherung unter Berücksichtigung der Anforderungen des SoVD zu einer Pflege-Bürgerversicherung weiterentwickelt wird?

Die meisten Menschen wollen auch bei eintretender Pflegebedürftigkeit in einer häuslichen Umgebung leben. Für welche Maßnahmen werden Sie sich einsetzen, um den gesetzlich festgeschriebenen Vorrang der ambulanten Pflege vor stationärer Pflege zeitnah in die Praxis umzusetzen?

Die derzeit geltende Definition von Pflegebedürftigkeit fokussiert auf körperliche Beschwerden. Sie benachteiligt Menschen mit kognitiven Einschränkungen und psychischen Behinderungen systematisch. Was werden Sie unternehmen, um die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und eines neuen Begutachtungsinstruments auf Basis der Beiratsergebnisse aus 2009 und 2013 schnellstmöglich umzusetzen?

Wahlprüfsteine des SoVD zur Bundestagswahl 2013

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für den 18. Deutschen Bundestag

⑥ Sozialen Schutz bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sichern

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat vor allem im Rahmen der Hartz-Gesetzgebung zu einer massiven Zunahme von prekärer Beschäftigung geführt und sich damit für die Arbeitnehmerschaft fatal ausgewirkt. Teilen Sie unsere Bewertung, dass der Arbeitsmarkt wieder reguliert werden muss, um Fehlentwicklungen wie z. B. die erhebliche Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisses zu beseitigen?

Die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnssektor, die mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von unter 7 Euro entlohnt werden, ist stark gestiegen. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass ein bundeseinheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 8,50 Euro einzuführen ist?

Die Bedeutung der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung ist in den letzten Jahren immer stärker zurückgedrängt worden. Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie durchzuführen, um die soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit wieder herzustellen?

⑦ Frauen und Männer konsequent gleichstellen

Das Betreuungsgeld gefährdet wichtige Ziele der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass das Betreuungsgeld gestoppt sowie Krippen und Kindertagesstätten ausgebaut werden sollten?

Die berufliche Teilhabe von Frauen mit einer Behinderung bleibt hinter der von Frauen ohne Behinderung weit zurück. Welche Pläne verfolgen Sie, um Frauen mit Behinderungen die gleichen Berufschancen zu bieten?

Frauen erhalten für gleiche Arbeit immer noch durchschnittlich 22 Prozent weniger Lohn als Männer. Um den nach dem Grundgesetz verpflichtenden Gleichheitsgrundsatz herzustellen und Armut im Alter vorzubeugen, ist die Entgeltgleichheit für Frauen dringend notwendig. Welche Vorschläge unterbreiten Sie, um eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu gewährleisten?

⑧ Europa sozial gestalten

Die EU darf keine reine Wirtschaftsgemeinschaft sein, sondern braucht auch eine soziale Dimension. Auf der anderen Seite liegt die Kernkompetenz für die Sozialpolitik bei den Mitgliedsstaaten. Werden Sie sich mit dem SoVD dafür einsetzen, dass die Kernkompetenz der Mitgliedsstaaten für die Sozialpolitik erhalten bleibt und politische Entscheidungen auf europäischer Ebene die sozialen Standards in Deutschland nicht verschlechtern dürfen?

Berlin im April 2013
DER BUNDESVORSTAND
Abteilung Sozialpolitik